

II-3543 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1797/J

1978 -04- 13

A n f r a g e

der Abgeordneten REGENSBURGER, Dr. Gruber, Dr. Leitner
und Genossen

an den Bundesminister für Unterricht und Kunst

betreffend Verordnungsentwurf über die Einrechnung von Neben-
leistungen in die Lehrverpflichtung der Bundeslehrer (als
Bildungsberater).

Die Teilnehmer des 3. Fortbildungsseminars für Bildungsberater
an berufsbildenden mittleren Schulen, welches vom 27.2. bis
3.3.1978 auf dem Grillhof bei Innsbruck veranstaltet wurde,
erfuhren, daß ein Verordnungsentwurf des Bundesministeriums
für Unterricht und Kunst vorläge, der einschneidende Änderungen
bezüglich der Einrechnung der Bildungsberatertätigkeit in die
Lehrverpflichtung bringe.

Unter Hinweis auf den Verordnungsentwurf stellten sie an Schul-,
gewerkschaftliche und politische Instanzen folgenden Antrag:

- 1) Das Ausmaß einer Wochenstunde darf an selbständigen Schulen
ohne Rücksicht auf die Schülerzahl nicht unterschritten werden.
- 2) Die Einstufung des Bildungsberaters soll entsprechend der
fachlichen Qualifizierung in Lehrverpflichtungsgruppe I er-
folgen.

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

- 2 -

- zu 1) Die persönlichen und fachlichen Anforderungen stehen ebenso wie die besuchten Seminare in keinem Zusammenhang mit der Schulgröße. Das Aufarbeiten von Seminarergebnissen und Schülerinformationen aller Art, sowie das Literaturstudium beansprucht alle Bildungsberater in gleichem Maße. Fast alle Bildungsberater bieten neben der obligaten Sprechstunde eine Beratungsstunde nach Vereinbarung.
- zu 2) Bei der Auswahl der Bildungsberater wurden die Direktoren angewiesen, Lehrer zu nennen, die den Anforderungen der Schule, der Seminare und der Beratungspraxis gewachsen sein dürften. Außerdem genießt eben der Bildungsberater in der Regel das Vertrauen von Schülern, Eltern und Kollegen. Die Einstufung in Lehrverpflichtungsgruppe III steht in krassem Widerspruch zu den Ausbildungsinhalten und der erhofften Wirkungsweise.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Unterricht und Kunst nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Welche Gründe führten zur beabsichtigten Änderung der Einrechnung der Bildungsberatertätigkeit in die Lehrverpflichtung
- 2) Sind Sie bereit, dem Antrag der Bildungsberater an berufsbildenden mittleren Schulen Rechnung zu tragen ?
- 3) Wenn nein, welche Motive veranlassen Sie zu dieser Haltung ?